

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Bemerkungen: Geschäftsschule Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postcheckkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtgirokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile über deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile über deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein- gefüllte 90 Pf. Erhöhung auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen u. Stellen- gesuche. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Seitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verlausliste von Holzpfangen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: F. B.: Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 174

Dresden, Mittwoch, 29. Juli

1925

## Das Einkommensteuergesetz im Reichstag.

Sitzung vom 28. Juli.

Abg. Präsident Bell teilt dem Hause mit, daß der Altersrat übereingekommen sei, jeweils einige Paragraphen zur Beratung zusammenzulegen und die Redezeit für die zusammengefaßten Paragraphen auf 20 Minuten zu bemessen. Bedingt für die Lohn-Neuer-Paragrafen soll die Redezeit 30 Minuten betragen. Die Abstimmungen sollen immer nach Befriedigung der Beratung einer Paragraphen-Gruppe stattfinden.

Das Haus wendet sich dann der Beratung der §§ 2 bis 5 des Einkommensteuergesetzes

zu, welche die Steuerträger bezeichnen und die steuerbaren Einkünfte anzählen.

Abg. Koenen (Komm.) sieht schon in diesen Paragraphen den Klassen-Charakter der ganzen Vorlage, der sich in der sogenannten individuellen Behandlung der Beschäftigten und dem schonungslosen Schematismus bei Behandlung der sozialverschuldigten zeige; die Kommunisten müssten schon diesen Beleg erheben.

Abg. Dr. Fischer-Kön (Dem.) fragt die Regierung, ob sie nicht doch eine Erhöhung in das Gesetz hineinnehmen möchte, durch die sie bis zum 31. Dezember 1930 die unbeschränkte Steuerpflicht der Ausländer, die in Deutschland irgendwie am Geschäftsmachen beteiligt sind, erweitern könnte.

Staatssekretär Popitz vom Reichsfinanzministerium wendet sich gegen diese Antragung.

Damit schließt die Beratung über die Paragraphengruppe 2-5. Das Haus stimmt diesem Teil des Gesetzes gegen die Kommunisten zu.

Zu den §§ 6-14, die die zur Einkommensteuer herangezogenen Einkünfte behandeln, beginnt

Fr. Abg. Pfäff (Soz.) einen sozialdemokratischen Antrag, wonach die Abfindungssummen, die an die durch den Personalaufbau ausgewiesenen versteckten Beamten gezahlt werden, nicht der Besteuerung unterliegen sollen. Der Staat hat nur ganz geringfügige Abfindungen gegeben und der Reichsfinanzminister hat selbst erklärt, daß sie besteuert bleiben sollen. Der sozialdemokratische Antrag entspricht darum nur einer billigen Forderung.

Staatssekretär Popitz äußert Bedenken gegen diesen Antrag.

Abg. Dr. Fischer-Kön (Dem.) beantragt, im § 14 zu sagen: Die auf Grund der Personalaufbauverordnung gezahlten Abfindungssummen unterliegen der Einkommensteuer nicht. Der Redner beantragt weiter, daß den im Ausland tätigen Deutschen, die ihren Wohnsitz in Deutschland behalten, die im Ausland gezahlte Steuer auf die deutsche Einkommensteuer angerechnet wird.

Abg. Neubauer (Komm.) wendet sich gegen die Bestätigungen, die den Landwirten und Gewerbetreibenden in § 10 gewährt werden.

Staatssekretär Popitz erklärt, in den Ausführungsbestimmungen werde verfügt werden, daß die an die abgebauten Beamten gezahlten Abfindungssummen nicht einkommensteuerpflichtig sind.

Abg. Frau Pfäff (Soz.) zieht darauf ihren Antrag zurück. — Der Antrag Dr. Fischer (Dem.) wird abgelehnt.

Die §§ 6 bis 10 werden unverändert angenommen. — Bei der gemeinsamen Beratung der §§ 15 und 16 begründet Abg. Schäffer (Soz.) einen sozialdemokratischen Antrag, nach dem im § 16 die Absätze 2 und 3 gestrichen werden sollen. Diese beiden Absätze rechnen zu den Belebungsaufgaben auch die nach den Auflösungen des Gesetzes zu entrichtenden Zahlungsbilanzentlastungen ein, insbesondere der Guv. ferner die auf Grund des Gesetzes über die Liquidierung der Rentenbanknoten zu entrichtenden Grundschulden. Durch diese Bestimmungen würde das wieder zunehmende gemacht werden, was durch die Aufwertung den kleinen Gläubigern gegeben worden sei. Die Bevorzugung der hier in Frage kommenden Kreise könne man sich nur so erklären, daß entweder die Finanzlage des Reiches nicht so schlecht sei, wie es bisher dargestellt wäre, oder die Regierung hätte sich so sehr als Hüter der kapitalistischen Interessen, daß sie auf diese Einnahmen verzichten kann. Man müsse die starke Vermutung haben, daß das letztere den Tatsachen entspreche.

Abg. Höhlein (Komm.) bezeichnet die Definition der Wertbelasten im neuen Gesetz als die bewußte Absicht, die Besitzenden in großem Umfang von der Steuer zu befreien. Er schlägt sich dem sozialdemokratischen Antrag an. — Die sozialdemokratischen und kommunistischen Änderungsanträge werden ab-

gelehnt und die §§ 15 und 16 unverändert angenommen.

§ 17 behandelt die abzugängigen Sonderleistungen.

Abg. Neubauer (Komm.) beantragt die Streichung der Bestimmung, daß die Kirchensteuerfreiheit als abzugängige Sonderleistungen gelten.

Abg. Staub (Soz.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag auf Streichung des Abzugs § 17, wonach Zuwendungen an Untersuchungs-, Wohlfahrts- und Pensionskassen des Betriebes steuerfrei bleiben, wenn die dauernde Verwendung für die Zwecke wurde eine ungeheuerliche Belastung der Industrie bedeuten. Mit diesen Errichtungen werden die Arbeiter an den Betrieb gefestigt und ihrer Freiheiten verhaftet. Wenn Mittel zur sozialen Fürsorge vorhanden sind, dann bauen Sie doch die Sozialgesetzgebung aus. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Unter Ablehnung der Änderungsanträge wird § 17 in der Ausschaffung angenommen, ebenso werden unverändert angenommen die §§ 18-29.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) beantragt die Einführung eines § 29, wonach bei Gewerbetreibenden, die Handelsbücher führen, der zu versteuernde Gewinn nach dem Durchschnitt der in der Beratungszeit vorangegangenen drei Wirtschaftsjahre berechnet werden soll.

Der gleiche Antrag wird vom Abg. Neubauer (D. Sp.) gestellt.

Die Abg. Koenen (Komm.), Dr. Benja (D. Sp.) und Staatssekretär Popitz wenden sich gegen den Antrag.

Abg. Herz (Soz.): Im Ausschuß ist der Antrag ausdrücklich erörtert worden, nur die Deutsche Volkspartei und die Demokraten waren für seine

Aufnahme. Der Antrag, der die Veranlagungspflichtigen bei Vermehrung der Einkommensteuer noch dem sehr langen Durchschnitt von drei Jahren abschaffen will, kann seiner anderen Absicht entwirken, daß der Herausbildung der Steuerfreiheit überhaupt. Einer der wesentlichen Grundgedanken des deutschen Einkommensteuergesetzes würde für einen erheblichen Teil der Steuerpflichtigen nicht in Frage kommen, nämlich der Gedanke der steigenden Steuerfreiheit.

Im Gegensatz zu den Antragstellern läuft wir und von der Sorge leiten, was aus den Rechtsfragen wird, wenn die Reparationsablagen gereichen Umfang haben als jetzt. Mit Recht hat der Reichsfinanzminister darauf verwiesen, daß großer Erfolg der Balancierung unseres Staats im Jahre 1925 die Sorge um das Gleichgewicht in den Jahren 1926, 1927 und den folgenden Jahren bringt. Nun kommen Sie mit einem Antrag, der die Gefahr eindringt, daß sich im Jahre 1928 aus der Einkommensteuer der Veranlagungspflichtigen gar kein oder nur ein ganz kleiner Betrag ergibt. Ist das die Verantwortung gegenüber den Reichskammern, von der in der gestrigen Erklärung die Rede war? Der Antrag wird heute nicht angenommen werden, aber er wird wiederholt, und ich befürchte, daß er sogar Annahme findet. Deshalb möchte ich keinen Zweifel darüber lassen:

Mit einer prinzipiellen Differenzierung zwischen Lohnsteuerpflichtigen und Veranlagungspflichtigen entscheiden Sie über das Schicksal der Lohnsteuer.

Wir denken nicht daran, die Lohnsteuer weiter aufrechtzuhalten, wenn durch eine prinzipielle Unterordnung zwischen Lohnsteuerpflichtigen und Veranlagungspflichtigen ein Unrecht geschaffen wird, das keinerlei Begründung findet. (Bravo bei den Sozialdemokraten)

Abg. Neubauer (Komm.) äußert sein Bedenken, daß die Regierung nicht den im Antrag Neimath zutage treibenden Vorschlag gegen die Rechtspolitik energisch zurückweist. Der Antrag Neimath sei nur gestellt worden, damit die Deutsche Volkspartei bei der nächsten Wahl nicht die Korruptionskraft der Industrie verliert. (Unruhe und Protestkreise rechts.) Es ist doch nicht zu bestreiten, daß die Volkspartei der Industrie für einen großen Betrag das Mandat des Abg. Hugo verkaufen hat. (Unruhe rechts.)

Die Unruhe zeigt sich. Abg. Winnfeld (D. Sp.) macht dem Redner erregte Bemerkungen. Von den Kommunisten wird Winnfeld angeworfen: "Was' das Maul, du Dictrich, Du Reichenauerprolet!" Abg. Winnfeld ruft dagegen laut: "Ich habe länger gearbeitet als Sie!" Im Hause bilden sich erregte Rufe. Vizepräsident Dr. Bell schafft endlich Ruhe durch die Androhung der schärfsten geschäftsvorzungsmäßigen Maßnahmen.

Die gleichlautenden Anträge Dr. Fijmer (Dem.) und Neimath (D. Sp.) werden darauf gegen die Stimmen der Volkspartei und der Demokraten abgelehnt. Der kommunistische Antrag auf Streichung des § 32 wird abgelehnt.

Die §§ 30 und 31 werden unverändert angenommen.

§ 32 der Regierungsvorlage wollte die Sicherung bei der Veräußerung eines Gewerbebetriebes dann eintreten lassen, wenn der Veräußerungsgewinn den Betrag von 5000 Goldmark übersteigt. — Der Ausschuß hat die Grenze für die Steuerfreiheit bis zu 25 000 Mark erhöht. — Die Sozialdemokraten beantragen die Wiederherstellung der in der Regierungsvorlage vorgesehenen Grenze von 5000 Mark. — Die Kommunisten beantragen die Streichung des ganzen Paragraphen. Sie haben dazu namentliche Abstimmung beantragt, die um 7 Uhr abends stattfinden soll. — Die Demokraten beantragen dagegen eine Änderung der Fassung in der Weise, daß der Veräußerungsgewinn besteuert werden soll, soweit er den Betrag von 25 000 Mark nicht übersteigt. — Dieser Antrag wird von Sozialdemokraten scharf bekämpft. — Der kommunistische Antrag auf Streichung des § 32 wird abgelehnt.

Um 7 Uhr wird darauf namentlich abgestimmt über den Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage in § 32, d. h. auf Begrenzung des steuerfreien Veräußerungsgewinnes auf 5000 M. statt 25 000 M.

Beim Beginn der Abstimmung rief Abg. Höhlein (Komm.): „Klassisch stimmen rot (nein), alle arbeiten weiß (ja)“! Die Sozialdemokraten, Kommunisten und Volkspartei stimmen für den Antrag, die Zentrumsbeteiligten enthalten sich der Abstimmung.

Der Antrag wird mit 162 gegen 159 Stimmen bei 72 Entwaltungen abgelehnt. — Der Antrag Dr. Fijmer (Dem.) zum § 32 wird gleichfalls abgelehnt.

Bei dem Paragraphen 37, der den Begriff des Kapitalvermögens definiert, begründet Abg. Schneider (Berlin, Dem.) einen Antrag, der Kapitalvermögen steuerfrei lassen will bei Ein- und Kapitalaufwendungen jeder Art bei Speditionen, Banken und anderen Kreditanstalten, soweit sie bei einem Gesamtentommen des Steuerpflichtigen von weniger als 8000 M. jährlich den Betrag von 300 M. nicht übersteigen. Die Kompromißvorlage kennt in diesem Falle keine Grenze für eine Steuerbefreiung.

Der demokratische Antrag wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, die Bemerkungen der Vorlage annehmen.

Es folgt die Besprechung der Paragraphen 41 usw., die die Leistungsgewinne aufzählen.

Abg. Höhlein (Komm.) will einen Antrag begründen. Die Rechte empfängt ihn mit lärmenden Klatschen. Als er darauf antwortet, mahnt Präsident Löde zur Sauberkeit.

Abg. Höhlein (Komm.): Dann setzen Sie es einmal diesen Verschärfen (noch rechts), daß Sie ruhig sein sollen.

Präsident Löde ruft den Abg. Höhlein zur Ordnung, der daraufhin einzigen Abgeordneten der Rechten zuruft: Schauen Sie in den Spiegel, dann werden Sie an Tafeln erinnert (Heiterkeit). Dann begründet der Redner einen Antrag, der die Freilassung eines Betrages von 500 M. bei der Be-

## Schacht über die Lage des Kapitalmarktes.

Keine Erhöhung der Kreditgewährung durch die Reichsbank.

Berlin, 28. Juli.

In der Generalausschüttung der Reichsbank führt der Reichsbankpräsident Dr. Schacht aus: Seit der letzten Generalausschüttung am 23. März hat sich die immer noch gesetzte Lage der deutschen Wirtschaft auf dem Geld- und Kapitalmarkt deutlich verbessert. Die große Nachfrage nach lang- und kurzfristigen Kapitalen hat nicht nachgelassen. Die Reichsbank hat auch im vergangenen Vierteljahr ihre Aufgabe darin gesiehen, der deutschen Wirtschaft jenseit zu helfen, also es mit dem Schuh der Währung irgendwie verbunden ist. Nur das Mittel der Kreditverteilung können wir dabei auch weiter hin nicht verzichten, wenn wir nicht den Zinsmarkt vollständig in Ordnung bringen wollen. Es ist kein Geheimnis, daß in den letzten Monaten die Nachfrage nach Devisen auf dem deutschen Markt sehr stark gewesen ist. Die Wirtschaft dieses Abschlusses liegt zum Teil in unserer Handelsbilanz begründet. Ein erheblicher Teil der Wirtschaft wendet den Export nicht diejenige Ausnehmbarkeit zu, die im Interesse unserer Zahlungsbilanz erwünscht ist. Außerdem wird die Kaufkraft des inländischen Marktes durch eine vielfach verdeckte gehandhabte Bewertung öffentlicher Gelder tatsächlich erhöht und täuscht damit eine Konjunkturbelohnung vor, die bei der neuzeitlichen Belebung der Wirtschaft notwendigerweise ein solches Ende finden muß. Die so notwendige dauernde Stützung der inneren Kaufkraft kann nur durch eine Produktionsverbesserung und insbesondere durch eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion erzielt werden.

Eine weitere Ursache der Devisennachfrage war die aus mehreren Ursachen teilweise politischer Art erfolgte Rückbildung der Inflationsrate. Die Reichsbank hat die deutsche Wirtschaft auf das Bedenklische solcher kurzfristigen Kredite. Die Reichsbank hat die deutsche Wirtschaft auf das Bedenklische solcher kurzfristigen Kredite wiederholter hingewiesen. Der vorliegenden Politik der Reichsbank ist es zu danken, daß die Schwierigkeiten bei der Rückzahlung nicht

entstanden sind. Die Wirtschaft wird sich aber vor Augen halten müssen, daß die Reichsbank auch seinesfalls Devisen nicht geben wird, sondern nur gegen Marktbührung abgeben wird. Endlich darf nicht vergessen werden, daß auch aus Reparationsverpflichtungen eine erhebliche Devisenbelastung für die deutsche Wirtschaft resultiert, die Zahlungen für den Dienstleistungsdienst der Dawes-Mitglieder, für den Recovery Act und für diejenigen Verwaltungs- und Oktupationsosten, die seitens der Empfänger im fremden Land umgewandelt werden, haben bisher den Betrag von 250 Millionen M. Devisen sicherlich überschritten. Daneben belaufen sie ständig auf die Zahlungen unserer Kredite auf der Abwendung der Wirtschaftlichkeit der Ressortenfuhr, während anderseits unsere Handelsbilanz als Ganzes durch GuV-Geschäftsverluste verschlechtert wird.

Trotzdem ist die Reichsbank in der Lage geblieben, ihren Goldbestand auf nunmehr über 1100 Mill. M. zu erhöhen. Wir befürchten, in der Vermehrung unzureichend weiter fortzufahren. Es ist erstaunlich, daß die Reichsbank in der Lage gewesen ist, allen an sie gestellten Devisenfordernungen gerecht zu werden, ohne daß sie eine Einschränkung ihrer bisher gewährten Kredite vornehmen müssen. Mit einer Erhöhung der Kreditgewährung seitens der Reichsbank darf aber zurzeit nicht gerechnet werden. Wo immer sonst Gelehrten für die Wirtschaft seitens der Reichsbank möglich scheinen, sind wir bemüht, solche herbeizuführen.

Sodann legt der Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums Kaufmann die Gründe dar, die gegen eine Diskontermäßigung der Reichsbank sprechen. Der mit seinen Mitgliedern und Stellvertretern fast vollständig eingesetzte Zentralausschuß billigte d. Standpunkt des Reichsbankdirektoriums einstimmig und hielt eine weitere Diskontermäßigung in Abhängigkeit der derzeitigen Lage des Geldmarktes für nicht möglich.

Neuerung von Leistungsgewinnen, wie sie die Vorlage bestimmt, stelle ich will. Der Antrag wird abgelehnt.

§ 49 besagt, daß auch der Verbrauch an Teile des Einkommens der Besteuerung zugrunde gelegt werden kann, wenn das festgestellte Einkommen eines unbedenklich Steuerpflichtigen in einem offensichtlichen Missverhältnis zu seinem Verbrauche steht. Unter Abberufung aller Veränderungsanträge wird diese Fassung angenommen.

Nach 9.30 Uhr beantragt der Abg. Höltje (Komm.) die Verlängerung des Sitzes. Mit den Stimmen der Unions und eines Teiles des Zentrums wird der Antrag angenommen. Das Haus verläßt sich auf Mittwoch: Weiterberatung.

### Keine Vertagung der Zollvorlage.

Berlin, 28. Juli.

Der Alterskonsrat des Reichstages trat heute mittag zu einer längeren Sitzung zusammen, um sich mit dem Arbeitsplan zu beschäftigen. Im Prinzip kam eine Einigung dahin zustande, daß die Zollvorlage noch in diesem Tagungsabschnitt im Anschluß an die Steuervorlage erledigt werden soll. Zu diesem Zweck sollen die Plenarsitzungen länger ausgedehnt und die Nebenzeiten verkürzt werden. Bis zu welchem Zeitpunkt der gesamte Beratungskosmos erledigt werden kann, steht noch nicht fest. Zur Klärung dieser Frage steht ein Unterausschuß des Alterskonsrates sofort zusammen, der seine Beratungen zurzeit noch nicht abgeschlossen hat.

### Die Böllischen drohen mit passiver Resistenz.

Berlin, 28. Juli.

Der Böllische Abgeordnete v. Graefe hat an das deutsch-nationale Mitglied der Zollausschiffion, den Abgeordneten Thommen, ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt, die Böllischen seien unter Umständen bereit, durch möglichst vollzählige Anwesenheit für die Beschlusshälfte des Hauses und somit für die ordnungsmäßige Erledigung der Zollvorlagen einzutreten, wenn sie bei der Regierung und den Regierungsparteien einen klaren Willen feststellen könnten; sie lehnen es aber ab, bloß als politische Stoffage zu dienen. Herr v. Graefe erklärt, daß sofern nicht umgehend ein endgültig festgelegter und tragbarer Arbeitsplan für den Reichstag vorgelegt werden könnte, seine Freunde ernsthaft erwägen müßten, ob sie nicht besser sich bis zum Herbst ihren außerparlamentarischen Berufskollegen widmeten. Die Böllischen hätten keine Veranlassung, den katastrohalen Selbstmord des Parlamentarismus ihrerseits aufzuholen.

### Haushaltsausschuß.

Berlin, 28. Juli.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags, der am Dienstag die Beratung über den allgemeinen Finanzetat fortsetzte, gab zunächst Abg. Dr. Quast (Dithmars.) eine Übersicht über den Staat im Vergleich zu den Jahren vom Jahre 1913. Der Nettobedarf der allgemeinen Reichsverwaltung habe 1913 insgesamt 2700 Millionen betragen, er betrage 1925 3100 Mill. M. Der eigentliche Staatsbedarf der Länder betrage jetzt 3 Milliarden gegen 2 Milliarden 1913. Dabei sei die gewaltige Schuldenentlastung bei den Ländern zu berücksichtigen. Die reine Überweisung der Länder betrage insgesamt 2350 Millionen; hieraus beziehen die Länder ungefähr ein Drittel mit,

### Kunst und Wissenschaft.

#### Eine Kritik der Vogelwiese.

Von Max Wenzel, Chemniz.

Unter dem Titel „Der Sammler“ erschien im Jahre 1887 eine Wochenschrift, die alle „Verhüttigkeiten“ in Beziehung auf Geschichte, Altertum, Kunst, Natur u. Gewerbe im Königreich Sachsen“ zu registrieren versprach. Als Herausgeber zeichnete P. G. Hilscher; gebraucht wurde das Blatt in der Görlitzerischen Druckerei zu Dresden. Man muß zugeben, daß der Redakteur mit viel Geschick und Humor dargeboten war; seine Kritiken, besonders über lokale Verhüttigkeiten und Einrichtungen der Residenz waren aber militanter durchaus nicht so harmlos. Daß zur Zeit der Vogelwiese kein kritisches Gewissen besonders wach war, beweist eine Parodie der Kapuzinerpredigt, mit der die Nummer 3 des Blattes vom 17. August 1887 eröffnet wurde:

Beloves Murkops auf der Dresdner Vogelwiese.

Heyo, juchheyo! Jubelblumen!  
Das geht ja hoch her. Wie auch dabei!  
Gib das Lente, die sich nicht scheuen,  
Ihre die schlechten Seiten zu zeigen?  
Wirst man so hier in Saus und Braus  
Das liebe Geld zum Fenster hinans,  
Als könnte es nimmermehr losfliegen?  
Was geht es zu Trinkgelagen?  
Zu Vogelwiesen und Feierabenden?  
Quid hic statis otiosi?  
Was steht ihr und legt die Hände in Schoß?  
Der Teufel ist ja überall los.  
Mit Dampf wird immer mehr angefangen,  
Die Emancipation ist durchgerangen,  
Und der Dresdner thut hier campieren,  
Bliegt den Bauch, läßt sich's nicht genüten,  
Rämmert sich mehr um die Meierationen,  
Als um gescheite Speculationen,  
Treibt sich lieber herum in Gesellschaft,  
Als er mit seinem Gefellen schafft,  
Dann trauert so mancher im Schutt und Asche

## Die englisch-französischen Beratungen über die Sicherheitsfrage.

### Keine Zugeständnisse an Deutschland.

Paris, 28. Juli.

Der „Tempo“, der sich heute in seinem Leitartikel wiederum mit dem Sicherheitskampf beschäftigt, äußert sich optimistisch über den Stand der englisch-französischen Verhandlungen. Es schreibt, wenn die britische Regierung sich an das in Genf im vorangegangenen Monat erzielte prinzipielle Einvernehmen hält, woran niemand ein Recht hat, zu zweifeln, so wird es keine neuen Meinungsverschiedenheiten über die Punkte geben, die zwischen den alliierten Regierungen geregelt werden müssen, bevor man in die ersten Verhandlungen mit Deutschland eintreten kann. „Wenn die Engländer und die Franzosen“, so führt das Blatt aus und es glaubt dafür englische Blätter anzuhören zu können, „seien sind, jede deutsche Forderung einer Abänderung des Besatzungsregimes in den Rheinlanden abzuschüren und Deutschland besondere Garantien hinsichtlich etwaiger Verhandlungen zu verweigern, so sieht man nicht ein auf welche Schwierigkeiten man noch stoßen könnte, wenn es sich darum handelt, die französische Antwort auf die deutsche Note vom 20. Juli festzulegen.“

### Keine Räumung Kölns vor Erfüllung der Abrüstungsbestimmungen.

London, 28. Juli.

Auf eine Anfrage, wann angesichts der augenblicklichen Durchführung der Räumung deutscher Gebiete die Regierung Köln zu räumen beabsichtige, erwiderte Mac Neill, die Räumung werde erfolgen, sobald die deutsche Regierung die Ausführung der in der Note der Alliierten vom 4. Juni erhaltenen Abrüstungsmaßnahmen vollendet habe. Auf eine weitere Frage, welche Fortschritte auf dem Wege zu einem Einvernehmen über die Behandlung dieser Angelegenheit erzielt worden seien, erwiderte

Mac Neill, dies sei eine andere Angelegenheit. Die Anfrage müsse vorher angemeldet werden.

### Konferenz Briands mit Philipp.

London, 28. Juli.

Reuter meldet aus Paris, die britische Botschaft habe heute vormittag vom Foreign Office Anmelungen betreffend die Besprechungen über den Sicherheitspakt erhalten. Es werde mit der Möglichkeit gerechnet, zwischen Briand und dem britischen Botschafter Philippo nachmittag eine Einigung zu vereinbaren. Die Besprechungen befinden sich augenscheinlich erst im vorläufigen Stadium eines Austausches von Eindrücken.

### Die Informationen des Herrn v. Hoesch.

Berlin, 28. Juli.

Zu den aus der englischen und der französischen Presse entnommenen Ausschreibungen, als habe der deutsche Botschafter in Paris, Herr v. Hoesch, bei der Übereitung der deutschen Sicherheitsnote besondere enigmatische Erklärungen abgegeben, erfahren wir von unterschiedlicher Stelle, daß es sich eigentlich ganz von selbst versteht, daß ein Botschafter, der eine formulierte Note übergebt, keine unbedeutenden Mitteilungen darum machen kann, als sie aus der Note selbst herzuleiten sind. Es könnte formal gesagt werden, daß der Botschafter v. Hoesch keinerlei andere Mitteilungen gemacht habe. Sicherlich können aber bemerkt werden, daß selbstverständlich an die Übergabe einer Note sich eine Unterhaltung anschließe, in der der Botschafter die Aufgabe habe, die Note zu erläutern. Wie die australische Presse zu ihren Behauptungen kommt, sei dahingestellt. Jedenfalls aber hat der deutsche Botschafter nichts anderes gesagt, als was im Reichskabinett nach sorgfältiger Beratung einstimmig beschlossen worden ist.

Minister Graf Rautenkranz erklärte, daß die Regierung deshalb noch mit den Ländern in Verhandlungen eintreten werde. Die Gemeinden sollen aber verpflichtet werden, die Bedingungen zur Abgabe von Gefreiheitlich genannt einzuhalten. Was unter „Minderbemittelten“ zu verstehen sei, wüssten die Gemeinden selbst am besten, da sie in der Regel über die Vermögensverhältnisse ihrer Bevölkerung genau unterrichtet seien. — Weiterberatung Mittwoch.

in die sie einzutreten haben, so zu beforden, ob sie als planmäßige Beamte ihrer früheren Befreiungsgruppe wieder angestellt werden müssen.“

Am Schluß beantragte Abg. Steinloß (Soz.), daß den Reichsbeamten der Befreiungsgruppen I—VII zum Grundgehalt ein Zusatz in Höhe von 20 Proz.

oder wenn das abgelehnt werden sollte, mindestens eine einmalige Zuwendung von 100 M. gewährt werde.

Ministerialdirektor Rotholz vom Reichsfinanzministerium bezeichnete den Antrag als untragbar für die Finanzen des Reiches und der Länder. Hierauf verzog sich der Ausschuss.

### Die Biech- und Fleischzölle im Ausschuss.

Berlin, 28. Juli.

Der handelspolitische Ausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag mit den Zöllen auf Biech, Fleisch und alle dazugehörigen Nebenprodukte.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Grau, Baur, Beine, Frau Remitz, Frau Schulz, Frau Arning und Dr. Hilserding befanden die einzelnen Positionen.

Der letztere wies darauf hin, daß die Mindestzölle auf Biech und Fleisch eine viel größere Gefahr für den Absatz von Handelswaren bedeuten als die von der Regierung verlangten Mindestzölle auf Getreide. Im übrigen hat die Regierung um Auskunft darüber, was sie in bezug auf die Abgabe von zollfreiem Gefreiheitlich unter „Minderbemittelten“ verfüge, und ob es nicht angebracht sei, mit der Verteilung das ordinäre Gewerbe, die Gewerkschaften und deren Betrieben, zu betrauen.

Minister Graf Rautenkranz erklärte, daß die Regierung deshalb noch mit den Ländern in Verhandlungen eintreten werde. Die Gemeinden sollen aber verpflichtet werden, die Bedingungen zur Abgabe von Gefreiheitlich genannt einzuhalten. Was unter „Minderbemittelten“ zu verstehen sei, wüssten die Gemeinden selbst am besten, da sie in der Regel über die Vermögensverhältnisse ihrer Bevölkerung genau unterrichtet seien. — Weiterberatung Mittwoch.

### Die Amnestievorlage im Ausschuss.

Berlin, 28. Juli.

Der Reichsausschuß des Reichstags nahm am Dienstag die in der vorhergehenden Sitzung zurückgeholte Abstimmung über den § 1 der Amnestievorlage vor. Der Panzograph wurde mit der Streichung der Bestimmung, daß Landesvertragsverfahren nicht unter die Amnestie fallen sollen, angenommen.

Bei der Aussprache über § 3, der von der Einstellung der Verschärfungen wegen hochverrätslerischer Handlungen, Geheimbündnisse, Teilnahme an feindseitigen Verbündeten und der Vergessen gegen das Republikschulgesetz handelt, beantragte

Abg. Landsberg (Soz.), keinen Unterschied zu machen zwischen den Delikten, die vor dem 1. Oktober 1923 und denen, die nachher begangen worden sind. Insbesondere wendet er sich gegen die Begnadigung der Kapp-Mobellen. Er bezeichnet den Kapitän Chrhardt bei dieser Gelegenheit als ehrlos, weil er eine Frau, die ihm alles schenkte, in einem Reinhard verleitet habe.

Ein junger Student rief aus der Menge heraus und spricht: „Mein Herr! Und mögen Sie immerhin schwören, Die Damen sollen Sie uns nicht verunglimpfen.“

Murkops: „No custodias gregem moam!“ Die erste Mama die Herodiam, So thun sie tödlich durch Beispiel und Lehren Die jungen Herzen der Töchter verfehlten.

Mehrere junge Fashionables taten drohend: „Lassen Sie das nicht zweimal hören!“ Murkops: (mit erhobener Stimme): Soth prahlende Tulpen und Königsgezer, Wolln er erobern alle Männerherzen, Wolln hier unten sich groß und breit Alle Tag in neuem Kleid, Ich halte Berg, Und möcht es der Mann vom Himmel holen.

Stuper: Weiß denn Niemand den Lästern tot? Murkops (Steigernd): Thun einander zum Anger und Tort, Daß sie bis über die Ohren in Spül In langen Reihen Parade spül Bekritzeln und lästern vor langer Zeit! — Mehrere Stimmen (drohend): Jetzt aber, Herr! jetzt haben Sie Gill! —

Murkops: Alle, die da vorübergehen, — Mehrere Stuper (mit ihren großen Handklöppeln auf den Redner einstiegend): Genug! Nun ist um Sie geschehen. Einige sogenannte „gesetzte“ Männer (Sich davonwenden werfern, zu dem Sprecher): Reden Sie weiter und lästern nicht, Wer Sie ansieht, — (drohend) beim Himmel — der kriegt!

Murkops: (Laut schreiend): Solche neid- und gefäßförmige Wesen, Solche böse Zungen, die immer geredet, Lassen sich nennen das schöne Geschlecht, In freilich sind sie ein schönes Geschlecht,

und gaudi beträgt in die leere Tasche.

Es ist eine Zeit voll Lügen und Roth, Auf'm Leihhaus sieht man s'm blaues Wunder.

Auf' mitein ander warten durch Neigen und Roth, Man holt doch auf die Schiechwieje runter.

Die Cholerä füdet wie eine Rute

Drohend am Himmelsensor aus;

Doch was macht sich die Welt daraus?

Man ist vergnügt in der Creativitätude.

Und über ein Kleines — das sich's erarbeit — Wund man eben nicht fühlen warm.

Der Profit wird werden zu einem Profit!

Auf gewinnen und auf verdienste

Reimen sich tüpfig nur Dampfmaschinen.

Alles wird getrieben auf gros,

Der Einzelne droht dann keines Stroh,

Und all das gottlose Jubiläen

Wird sich verbreiten in Lamentiuren

Woher kommt das? Das will ich euch verläuden,

Das ist die Strafe für eine Sünden,

Für das sippige Modelleben,

Dem sich Reiche und Arme ergeben,

Denn die Wod' ist der Magneten,

Der das Elend zieht und Land herein,

Auf' Wohlleben da folgt das Heil.

Wie die Schän auf die heile Zwiebel,

Hinter dem Il kommt gleich das Weh,

Das ist die Odeung im A. B. C.

Ubi erit victoria spes,

Si ostenditur Deus? Wie soll man singen,

Wenn man die Predigt schwärmt und die Welt,

Wicht' that o's posieren und sich verzögeln?

Die Freu in dem Evangelium

Hand den verlorenen Groschen wieder,

Der Saul seines Vaters Gut wieder,

Der Joseph seine faulnen Brüder;

Aber wer hier auf der Schiech wie sucht

Die Freut Gottes und die gute Nacht,

Und die Scham, der wird nicht viel finden,

That er auch jene Holzklötzen anzünden,

Zum dem Prediger in der Kosten,

Wie wir lesen im Evangelisten,

Kennen auch die Großhädter gelaußen,

Thaten Fuß und liegen sich laufen,

Frage ihn: Quid faciat vos nos?

Wie mögen wirz, daß wir kommen in Abrahams

Schoß?

Et ait illis. Und er sagt:

Nominem contentiatis,

Reichsjustizminister Dr. Freseken erklärte, daß die in § 3 getroffenen Bestimmungen, wonach die unter die Amnestie fallende Tat vor dem 1. Oktober 1923 begangen sein muß oder wenn sie in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 15. Juli 1926 begangen wurde, keine höhere Strafe als Geldstrafe oder ein Jahr Haftstrafe bzw. ein Jahr Gefängnis allein oder nebeneinander nach sich ziehen darf, für die Reichsregierung ungünstig sind.

Ein preußischer Regierungsbeamter wies darauf hin, daß in besonders geeigneten Fällen eine Einzelbegnadigung einzutragen könne.

Nach Ablehnung aller Anträge wird der § 3 im Wortlaut der Vorlage angenommen.

Der § 4, der von der Amnestie diejenigen Personen ausnimmt, die im Zusammenhang mit der Staatsfeind ein Verbrechen gegen das Leben, ein Verbrechen der schweren Körperverletzung, des schweren Raubes, der Brandstiftung, der versuchten Gefährdung eines Eisenbahntransportes oder einem Verbrechen gegen die §§ 6, 7 des Gesetzes gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoff begangen haben, wird nach längerer Debatte unter Ablehnung sozialdemokratischer Abstimmung anträge in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Eine wesentliche Ausprache findet auch § 5 Amnestie, der bestimmt, daß eine Sammlung, in der unter die Amnestie fallende Einzelstrafen enthalten sind, veröffentlicht wird, wie es dem Anteil der amnestierten Einzelstrafen entspricht. — Weiterberatung Mittwoch.

## Die Verfassungsfeier der Reichsregierung.

Berlin, 28. Juli.  
Über die Verfassungsfeier am 11. August in Berlin wird mitgeteilt, daß um 12 Uhr mittags eine offizielle Feier der Reichsregierung im Reichstagsgebäude stattfinden wird. Der Reichskanzler wird das Hoch auf das deutsche Volk ausspielen. Mit dem Deutschlandlied wird die Feier ihren Abschluß finden.

## Zur Barmat-Antisemit-Affäre.

Berlin, 28. Juli.  
Ahnlich wird mitgeteilt: Die Berliner Kriminalpolizei nahm am Montag verschiedene Durchsuchungen in einem politischen Nachrichtenbüro in Berlin in der Lippestraße vor, das die Quelle zahlreicher aufsehenerregender Veröffentlichungen in der Barmat-Antisemit-Affäre gebildet hat, ferner bei Angestellten dieses Büros, sowie bei zwei Justizbeamten, die mit der Bearbeitung jener Sachen beschäftigt waren. Das kriminalpolizeiliche Vorgehen gründet sich auf den Verdacht verschiedener Staatsfeinde, n. a. der unbedeutend Veröffentlichung amtlicher Schriftstücke eines schwedischen Strafprojekts. Die von der Durchsuchung Betroffenen wurden bei der Kriminalpolizei bereits einer ersten Vernehmung unterzogen.

Die polizeiliche Aktion ist bereits abgeschlossen. Die Akten sind noch am Dienstag der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung der Amnestie zugeleitet worden.

Zu der Nachricht weiß der „Vorwärts“ noch zu berichten, daß es sich um ein Nach-

ein heutes Gut auf der Vogelwiese. Und so lang ihnen nicht der Pantoffel entwandt, so lange wird's auch nicht befreit im Land. (Er hat nach und nach bei den letzten Worten seinen Rückzug in das Wachtelt genommen.)

Fr. R.

Sächsische Volks hochschulwoche zu Hohnstein 1928. Die Teilnehmergruppe für die Arbeitsgemeinschaft Dr. Högl, Dresden: „Das Mikroskop im Dienste der Biologie“, die auf der zweiten Volksbildungswoche vom 9.-16. August auf der Burg Hohnstein in der Sächsischen Schweiz abgehalten werden wird, hat infolge der außerordentlich zahlreichen Anmeldungen bereits geschlossen werden müssen. Für die beiden anderen Arbeitsgemeinschaften der Volksbildungswoche: Dr. Paul Hornberg, Leipzig; „Was ist Wirtschaft?“ und Dr. Herbert Schäffer, Leipzig; „Jugend und Kultur“ werden Anmeldungen unter gleichzeitiger Einleitung des Teilnehmerbeitrags noch bis spätestens 5. August bei der Landesdirektion für freies Volksbildungswesen angenommen. Weitere Mitteilungen gehen den Teilnehmern unmittelbar zu.

Ein Dresdner Künstler als Sieger im internationalen Wettbewerb für Rückenplatte. Bei dem von der Liga der Künstler-Gesellschaften in Paris ausgeschriebenen Internationalen Wettbewerb für Rückenplatte ist dem Studierenden an der Staatlichen Dresdner Kunsthochschule Helmuth Barcinski der einzige Preis von 5000 Frs. für seinen Entwurf zugewiesen worden.

12. Bundesdag des deutschen Ethnographenbundes Kabelsberger. Aus München wird und berichtet: Auf Grund eines heute vormittag getroffenen Beschlusses in Sitzung der Großherzoglich Preußischen Kunstsammlung in der heutigen Nachmittagszeit eine entsprechende Änderung der Tagesordnung, daß als Ziel des Deutschen Ethnographenbundes die Herbeirufung und Fortführung des Deutschen Einheitsforschungsausschusses erklärt wird. In Sitzung des präsidenten Beauftragten

## Entspannung in der englischen Bergbaufrise?

### Die Bergbaubesitzer ziehen die Kündigung zurück?

London, 28. Juli.  
„Star“ will wissen, die Bergbaubesitzer hätten zugesagt, die am Freitag um Mitternacht ablaufende Kündigung der Bergarbeiter und auch ihre Vorschläge für ein neues Abkommen über die Arbeitslöhne und die Arbeitszeit zurückzuziehen, wenn die Regierungsvorlage für eine Unterhöhung der Industriellen während einer weiteren Verhandlungsperiode von beiden Seiten angenommen würden. Dieser Beschluss sei dem Premierminister auf der heutigen Konferenz mit den Bergbaubesitzern mitgeteilt worden. Es bedeute also Wahrscheinlichkeit dafür, daß ein allgemeiner Streik im Bergbau Ende der Woche vermieden werde.

### Der Regierungsausschuß erkennt die Berechtigung der Forderungen der Bergarbeiter an.

London, 28. Juli.  
Der von der Regierung eingesetzte Ausschuss zur Untersuchung der Lage der britischen Kohlenindustrie hat einen Bericht herausgegeben, in dem es u. a. heißt: Der Ausschuss hat sich von der Berechtigung der Forderungen der Arbeiter nach Einführung eines Mindestlohns in einem neuen Abkommen überzeugt. Der Ausschuss sei der Ansicht, daß die Leistungsfähigkeit des Industrie wesentlich erhöht werde durch Zusammenschluß und Zusammenarbeit mit anderen Industrien. Eine Verbesserung der Kohlenverteilung würde gewiß zu einer Verminderung der Preise und zur Erhöhung der Nachfrage führen.

### Die Bergarbeiterinternationale proklamiert die Unterstüzung der englischen Bergleute.

Paris, 28. Juli.  
Heute vormittag 10 Uhr hat die erste Sitzung des Vollzugsausschusses des internationalen Bergarbeiterverbandes begonnen. Es waren vertreten: England, Deutschland, Belgien, Holland, die Tschechoslowakei und Frankreich. Auch der internationale Transportarbeiterverband und der englische Eisenbahnverband haben Delegierte entsandt. Am Schluß der Sitzung veröffentlichte das Exekutivkomitee folgendes Kommuiqué: Der Exekutivausschuß des internationalen Bergarbeiterverbandes hat heute vormittag die Lage des Bergarbeiter in den einzelnen Ländern auf Grund von Berichten über die Kreise, die in der Kohlenindustrie bestehen, geprüft. Im Laufe des Nachmittags wird,

kohlenbüro handelt, das unter der Leitung eines gewissen Ernst Noll stand, der sich zeitweise Dr. Kluge und Klausius nannte. Das Büro soll in engen Beziehungen zu den Professoren Gaspari und Kühmann sowie zu dem Oberstaatsanwalt Linde gestanden haben. Es soll von der Staatsanwaltschaft Material über die Vormissbraucht erhalten haben, das es dann einer Reihe rechtshänder Blätter

sobald die notwendigen Unterlagen beigebracht sind, daß internationale Komitee solidarisch internationale Maßnahmen beschließen bezüglich der Länder, die eventuell den Kampf mit den Bergarbeitergesellschaften und Bergarbeiter und auch ihre Vorschläge für ein neues Abkommen über die Arbeitslöhne und die Arbeitszeit zurückzuziehen, wenn die Regierungsvorlage für eine Unterhöhung der Industriellen während einer weiteren Verhandlungsperiode von beiden Seiten angenommen würden. Dieser Beschluss sei dem Premierminister auf der heutigen Konferenz mit den Bergbaubesitzern mitgeteilt worden. Es bedeute also Wahrscheinlichkeit dafür, daß ein allgemeiner Streik im Bergbau Ende der Woche vermieden werde.

Der Exekutivausschuß hat eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Das Exekutivkomitee erklärt, daß das grundlegende Heilmittel in der Regelung der Kohlenförderung zu suchen sei, die mit den Bedürfnissen der verschiedenen Ländern in Einklang steht, und daß dieses Ziel nur durch die Vereinigung der Bergarbeiter erreicht werden kann. Es bedeute also Wahrscheinlichkeit dafür, daß ein allgemeiner Streik im Bergbau Ende der Woche vermieden werde.

Der Exekutivausschuß hat eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Das Exekutivkomitee erklärt, daß das grundlegende Heilmittel in der Regelung der Kohlenförderung zu suchen sei, die mit den Bedürfnissen der verschiedenen Ländern in Einklang steht, und daß dieses Ziel nur durch die Vereinigung der Bergarbeiter erreicht werden kann. Es bedeute also Wahrscheinlichkeit dafür, daß ein allgemeiner Streik im Bergbau Ende der Woche vermieden werde.

Die Bergarbeiterinternationale proklamiert die Unterstüzung der englischen Bergleute.

London, 28. Juli.  
Im Unterhaus teilte der Finanzminister das Schätzungs-Guinness mit, daß die von der Reparationskommission unter den alliierten Mächten auf Reparationsconto bis zum 30. Juni vereinbarten Gesamtzahlungen Deutschlands in bar oder in Zahlungen ungefähr 160 Mill. Pf. Stcr. betragen. Darin seien nicht enthalten die Summen, die für die Kosten der Bevölkerungssere oder für andere Privatitätsforderungen angewiesen wurden, sowie die noch nicht vereinbarten Beträge und auch die Eingänge von der Ruhrbelebung, deren Abrechnung noch nicht gereicht sei. Aus dem genannten Gesamtbetrag seien dem britischen Reiche ungefähr 25 Mill. Pf. Stcr. zur Last gezeichnet worden. Darin versteht der Anteil des Vereinigten Königreichs ungefähr 22 Mill. Pf. Stcr.

Und auch einer Telegraphenagentur übermittelt habe, daß die Überlassung des Materials sollen einzelne der Beamten der Staatsanwaltschaft Geschäftigkeit in Versprechungen erhalten haben. Auf diese Weise soll auch der Kammergerichtsbeschluß in Sachen Barmat in rechtbehende Zeitungen gelangt sein.

### Untersuchung der Fleischpreisseigerung.

Berlin, 28. Juli.  
Wegen der steigenden Fleischpreise hatte der Polizeipräsidium von Berlin-Gesundbrunnen vor der militärischen Preisprüfungsstelle in Berlin-Schöneberg eine Besprechung über die Ursachen der Fleischpreisseigerung angezeigt. Die Vertreter der Landwirtschaft, des Handels und der Mehlzeile erklärten, daß sich die höheren Fleischpreise durch die erhöhten Kosten (Steuer usw.) ergeben. Die militärische Preisprüfungsstelle war aber mit diesen Argumenten nicht einverstanden und betonte, daß sie „diese Erklärungen nicht als richtig und überzeugend hinnnehmen können“. Da keine Einigung zu erzielen war, wurde eine Untersuchung beschlossen.

### Zur Ruhrkrise.

Berlin, 28. Juli.  
Über die zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern des rheinisch-westfälischen Bergbaus unter Vorst. der Steuer im Arbeitsministerium stattfindende Sitzung und folgende Mitteilung veröffentlicht:

In einer Besprechung der Arbeitsgemeinschaft Gruppe Ruhrbergbau, die unter Vorst. des Reichsberatungsrates im Arbeitsministerium stattfand und sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Mängeln beschäftigte, die sich aus der Krise des Steinkohlenbergbaus ergeben haben und noch eingesetzt können, wurde folgendes Ergebnis erzielt:

In der Arbeitsgemeinschaft des Ruhrbergbaus in Essen wird eine besondere Kommission die Entlastungen im einzelnen erörtern und berechtigte Klagen der Arbeitnehmer klinstig abstellen. Im Reichsberatungsrat soll zu Beginn nächster Woche eine Besprechung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern darüber veranstaltet werden, was für die Entlastungen inhaltend durch Verflanzung in andere Berufe, Umsied-

lung und Rotsiedlungen geschehen kann. Die soziale Belastung des Bergbaus wird das Reichsberatungsrat in einer besonderen Verhandlung mit Vertretern der Ruhrkampfhaft, der Bergbaubesitzer und der Bergleute feststellen.“

Tazu erfaßt der „Soz. Pressebrief“: Die Arbeitgeber drohen in der Sitzung Klagen über die Sozialbelastung, Steuern und Brachten vor. Demgegenüber wiesen die Arbeitnehmervertreter darauf hin, daß die gegenwärtigen Löhne angesichts der steigenden Tenorung die Existenz der Bergarbeiter nicht mehr gewährleisten. Eine Lohnerhöhung wäre deshalb nicht zu umgehen. Im übrigen entfahrt sich eine längere Debatte über die Verhandlung der Bergarbeiter im Falle der Stilllegungen. Die Arbeitnehmervertreter lehnen sich schärfer an die Interessen der Ruhrbergarbeiter an und verlangen, daß man die Betriebsräte bei der Entscheidung über Stilllegungen usw. zuzulassen soll. Die Arbeitgebervertreter lehnen jedoch jedes Entgegenkommen, das über den Rahmen des Betriebsrätegesetzes hinausgeht. \*

### Ein Reichskredit an den Ruhrbergbau.

Aus Kreisen, die dem rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau nahe stehen, verlautet, daß dem Ruhrbergbau ein Kredit aus Reichsmitteln gewährt werden soll, indem die Kohlenlager in Rheinland und Westfalen mit 10 Prozent ihres Wertes beladen werden. Man schätzt den Wert der auf die Halben gestrichen Kohlen auf 150 Mill. R. so daß es sich also um einen Kredit von 15 Mill. R. handeln würde.

In der ersten Besprechung, die zwischen der Regierung und den Vertretern der Schwerindustrie in der vorigen Woche abgehalten wurde, ist auch die Frage einer Rombabildung der rheinisch-westfälischen Rohölbevölkerung ohne Erfolg angeschnitten worden. Wie der „Soz. Pressebrief“ erfaßt, wandte sich besonders der Reichsbankpräsident Dr. Schäfer gegen einen derartigen Kredit.

### Eine amtliche Erklärung gegen Behauptungen des Abgeordneten Graßmann.

Berlin, 28. Juli.  
Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, entfahrt die von dem Reichstagabgeordneten Graßmann im „Hamburger Echo“ aufgestellte Behauptung, daß das Reichsministerium des Innern seit mehr als Jahresfrist aus dem Republikanisimus einen Geheimbund mit Namen „Zentralkommission“ unterhält jeder Begründung. Das Reichsministerium des Innern hat mit dieser Organisation in seiner Zeit — weder unter der Amtszeit des Reichsministers Dr. Jarres, noch unter Reichsminister Schiele — irgendwelche Beziehungen unterhalten. Damit erledigt sich von selbst die Behauptung, der Reichsminister Schiele habe die der „Zentralkommission“ vom Reichsminister Dr. Jarres entgegengesetzte Fürsorge bei seinem Amtsnamen übernommen.

Ebenso falsch ist die weitere Behauptung des Abg. Graßmann, daß zwischen Bundesorganisationen der „Zentralkommission“ und der Technischen Not hilfe Verbindungen beständen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Hauptstelle der Technischen Not hilfe hat ihren Bundesstellen jede Zusammenarbeit mit der „Zentralkommission“ ausdrücklich untersagt, weil dies mit den für die Technische Not hilfe maßgebenden Richtlinien unvereinbar wäre.

### Hochverratsprozeß.

Leipzig, 28. Juli.  
Am Dienstag hatte sich vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts der Richter Karl Bräuning aus Jena wegen Verleumdung zum Hochverrat und Vergehens gegen das Republikanisimus zu verantworten. Im September 1923 hatte der Angeklagte in den Plänen, den ihm in einer Funktionärsversammlung ein anderer Kommunist vorgelegt und der ur. Eröffnung der Kasse des Landeskriminalamtes in Weimar bestimmt war, Einzeichnungen gemacht. Wegen Gefährdung des Staatsvertrats war während der ganzen Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Das Urteil gegen Bräuning lautete auf ein Jahr Gefängnis und 100 R. Geldstrafe. Die Geldstrafe und 4 Monate der Freiheitsstrafe gelten als durch die Untersuchungshaft verblüht.

### Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin, 28. Juli.  
Der polnische Bevollmächtigte für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen hat ein Schreiben an den deutschen Bevollmächtigten Staatssekretär, Lewald gerichtet, in dem er erklärt, daß nach polnischer Auffassung die Verhandlungen ohne formelle Unterbrechung in der Weise weitergehen sollen, daß die beiden Delegationen sich spätestens am 16. September wieder vereinen sollen, um die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Der deutsche Bevollmächtigte erwiderte darauf, die deutsche Delegation sei jederzeit bereit, die Prüfung der Wiederaufnahme der Verhandlungen zu prüfen, sobald sich durch Verflanzung in andere Berufe, Umsied-

Verhandlungslage gestellt sehe, die für die Wiederaufnahme der unterbrochenen Verhandlungen aufsicht böte. Erfolg würden diese Verhandlungen allerdings nur dann versprechen, wenn sie durch neue Erklärungen der polnischen Delegation gefordert werden.

### **Die Saarbergleute beim französischen Arbeitsminister.**

Paris, 28. Juli.  
Der Arbeitsminister Laval empfing heute eine Abordnung der Bergarbeitergewerkschaften aus dem Saargebiet, die ihm darlegten, daß die Löhne ungenügend seien, da die Lebensbedingungen im Saargebiet besonders schwierig seien. Der Minister entgegnete ihnen, daß die Löhne in diesem Jahre bereits bedeutend erhöht worden seien. Nach Prüfung der statistischen Angaben über die Lebenshaltung im Saargebiet und der finanziellen und wirtschaftlichen Lage des Bergwesens im Zusammenhang mit der Lage auf dem Koblenzmarkt machte der Minister den Mitgliedern der Abordnung bestimmte Vorschläge. Die Delegierten nahmen diese zur Kenntnis und erklärten, daß sie die Vorschläge der Arbeitskraft unterstützen würden und unmittelbar nach deren Beschlussfassung antworten würden. Voransichtlich werden die Arbeiter am Sonnabend zu den Vorschlägen Stellung nehmen.

Saarbrücken, 29. Juli.  
In der Streitlage im Saargebiet ist eine Änderung nicht zu verzeichnen. Vermelkt wird, daß auch die Angestellten der Saargruben zur Lage Einzelheiten genommen und ihre Organisationen beantragt haben, der Bergwerksdirektion eine Einzige zu überreichen, in der sofort Verhandlungen mit dem Verwaltungsrat der Saargruben gefordert werden, da die Gehälter der Grubenangestellten ebenso wie die Löhne der Bergarbeiter einer Aufbesserung bedürfen. Ferner wurde beschlossen, daß die Angestellten während des Abschlusses der Bergarbeiter jede Arbeit, die für gewöhnlich von Arbeitern ausgeführt wird, ablehnen sollen. Die katholische Gewissheit des Saargebietes hat in einem Telegramm an den französischen Arbeitsminister die Bitte ausgesprochen, der materielle Lage der Saarberösterzung eine bessere Grundlage zu geben.

### **Umgestaltung der Kommandostellen in Marokko.**

Paris, 28. Juli.  
Laval berichtet aus Taz über eine Umgestaltung der oberen Kommandostellen in Marokko: Alle Streitkräfte zu Wasser und zu Lande sind dem Marshall Lyautey unterstellt. Die mobilen Streitkräfte stehen unter dem Befehl eines Oberkommandierenden, der der Oberleitung Lyauteys unterstellt ist. Die außerhalb der Operationszone stehenden Truppen sind Marshall Lyautey unmittelbar unterstellt. Die Verbindung zwischen Lyautey und dem Frontoberkommandierenden wird durch einen besonderten Stab sichergestellt. Der Frontoberkommandierende steht im Auftrage Lyauteys die politischen Funktionen eines Oberkommandierenden über die Hilfsstreitkräfte aus. Außenminister Briand sagte Pressevertretern anlässlich eines Ministrates der heutigen in Romboillet stattfindet, daß Friedensvorschläge an Abd el Krim, wie die Zeitungen berichtet hätten, weder in Marokko noch in Paris überreicht worden seien.

### **Bedrohung von Wessan.**

Paris, 29. Juli.  
Die Bedrohung von Wessan, gegen das Heim gestern von Schebel Sarfar kontrakt, besteht, wie aus Taz vom 28. Juli berichtet wird, weiter fort. Die feindlichen Streitkräfte öffnen vor Taz el Oul und nördlich von Vergha erhielten weitere Verstärkungen. Dadurch werden die Stämme der Tschata bedroht. Im mittleren Frontabschnitt zieht der Feind einige Kilometer südlich von Taz vor. Er vertreibt einen französischen Boden, der aus französischen eingeborenen bestand, und jetzt das Wachgebäude in Brand. Durch das Eingreifen französischer regulärer Truppen wurde der Feind wieder nach Nord n zurückgeworfen. Im Osten entzündeten die Risten bei den Tuls und Brancs, die Verhandlungen mit den Franzosen aufnehmen wollten, eine lebhafte Propaganda. Eine weitere Meldung besagt, daß in Casablanca bedeutende Verbündete gelandet wurden. Der Feind scheint jetzt seine Truppenaufstellung beendet zu haben und man begegne an den verschiedenen Frontabschnitten einer aktiven Tätigkeit. Diese Aktivität befürchtet sich vor allem in Handstrichen gegen nichtabtümliche Dörfer, die in Brand gesetzt wurden. Alles in allem scheinen die Risten die Absicht zu haben, demnächst vor dem Eintreffen der französischen Verbündeten, die ihnen Beunruhigung einstößen, einen großen Schlag zu unternehmen.

### **Besprechungen französischer und spanischer Sozialisten.**

Paris, 29. Juli.  
Gestern haben Vertreter der spanischen und französischen Sozialisten in Paris miteinander verhandelt, um eine gemeinsame Formel für das Marokkoproblem zu finden. Der französische Seite nahmen an dieser Beratung u. a. die Abgeordneten Blum und Renard teil. Nach Beendigung der Konferenz erklärte der spanische Delegierte, daß er die Friedens-

bedingungen, die man Abd el Krim helle und über die berichtet worden sei, als den Tatsachen entsprechend betrachtet.

### **Bombenanschlag in Parma.**

Rom, 29. Juli.  
Gegen das Haus des Obmanns des Kriegsteilnehmers in Parma wurde heute nacht eine Bombe geworfen, woraus heftiges Gewehrfeuer aus den umliegenden Häusern gegen die fliehenden Täter eingeschlagen, von denen keine Spur gefunden wurde.

### **Verschlechterung der Lage in China.**

London, 29. Juli.  
Nach einer Agenturmeldung aus Hongkong hat sich die Lage in den Städten Swatow, Amoy und Futschau verschärft. Bei d. Ankunft des Dampfers "Hawking" in Swatow wurden die Offiziere und Passagiere von einer großen Menschenmenge, die sich auf dem Kai angehäuft hatte, mit feindseligen Aeuern empfangen. Die Menge, die zur Teil mit Mauergewehren bewaffnet war, verhinderte die Europäer, den Dampfer zu betreten, und drohte die Besatzung mit dem Tode. Zu ähnlichen Vorgängen kam es in Amoy und Futschau, wo sich trotz der Verhängung des Belagerungsstands mit Mauergewehren bewaffnete Studenten zeigten und den Besitzer der Oper unter anderem verhinderten. Zwei britische Kriegsschiffe sind in Hongkong eingetroffen.

### **Fluchtversuch Tsao Ahns.**

Shanghai, 29. Juli.  
Nach dänischen Meldungen hat der vormalige Präsident Tsao Ahn, der sich seit General Fengyihangs Staatsstreich im Gefangenheitsgefängnis befindet, am 24. d. M. versucht, in der Kleidung eines gewöhnlichen Soldaten aus dem Gefängnis zu entkommen. Eine Schildwache konnte ihn imdessen und Tsao Ahn wurde wieder in sein Gefängnis zurückgebracht.

### **Alte politische Nachrichten.**

Beuthen i. Oberosl., 28. Juli.  
In der Nacht zum Montag kam es hier zu einem Aufstand zwischen Civilpersonen und Schutzpolizei, in dessen Verlauf ein Polizeibeamter in Habil seiner bedrohten Nameraden zu Hilfe eilte und nach seiner Kappe in der Rotwehr durch einen Habschuh eine Einzelperson so schwer verletzte, daß diese bald darauf verstarb. Der Täter wurde verhaftet.

Hirschberg i. Sch., 28. Juli.  
Wie der "Verein aus dem Riesengebiete" meldet, ist es am Sonntag früh auf dem Kamm des Riesengebirges am Fuße der Schwedeloppa hart an der Grenze zu einem Zusammenstoß zwischen einer auf einem Ausgang begriffenen Compagnie des Infanterieregiments 6 und einem größeren Trupp tschechischer Kommunisten gekommen. Als die Compagnie am Sonntag früh auf einen parallel mit der Grenze liegenden Berghang verlaufenen Wege marschierte, wurde sie von den Tschechen mit schweren Steinen beworfen. Zur Abwehr des Angriffs stürzte sich eine Anzahl Soldaten mit ihren Spazierstöcken auf den Tschechentrupp und trieb ihn über die Grenze zurück.

Tofio, 29. Juli.  
Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Japan, Edgar Addison Bassett ist gestorben.

### **Dresden.**

\* Arbeitnehmerzählung. Nach der Bekanntmachung des Arbeit- und Wohlfahrtsministeriums vom 27. Juni 1925 findet in diesem Jahre an Stelle der bisher üblichen Arbeitnehmerzählung eine Zählung gewerblicher Arbeitnehmer statt. Der Standort ist der 1. August. Die Fragebögen sind vom Arbeitgeber nach dem Stand vom 1. August sorgfältig auszufüllen und vom 5. August ab zur Bedienstholung bereitzuhalten. Die für die Zählung in Betracht kommenden Gewerbeunternehmer, die bis zum 30. Juli keine Zahlstellen empfangen haben, wollen dies dem Statistischen Amt, Neues Rathaus 8, oder einer Stadtbezirksinspektion alsbald melden und die erforderlichen Zählblätter erhalten. In Empfang nehmen.

\* Vorübergehende Sperrung im Straßenbahnbetriebe. In der Nacht vom Mittwoch, d. 29. zum Donnerstag, d. 30. Juli, verkehrten von 2 bis 4 Uhr fahrt die Nachtlinien der Linie 7 nur von der Löbauer/Tharandter Straße ob Südwesten. — Der Radweg der Linie 20, ab Gottleibauer Straße 1,39 Uhr, fährt bereits 1,18 Uhr vom dort an und direkt nach Naundorf. — In der Nacht vom Donnerstag, d. 30. zum Freitag, d. 31. Juli, und in der Nacht vom Freitag, d. 31. Juli, zum Sonnabend, d. 1. August, müssen infolge Straßenbauarbeiten alle Richtungen zwischen Habsburger Straße und Cohnmannsdorf ausfallen.

\* Pflegemutter vom Jugendamt gesucht. Die Schwierigkeiten, die gegenwärtig gewordene Kinder, besonders im Säuglingsalter, in geeigneter Pflege unterzubringen, bestehen immer noch. Wenn auch die Erziehung und Pflege der Kinder mit mancherlei Opfern verbunden ist, bietet sie doch wahrscheinlich empfindenderen Frauen reiche innere Befriedigung. An Frauen aller Stände ergeht die dringende Bitte, solche arme verlassene Kinder aufzunehmen. Meldungen werden an die Mütterberatungsstelle des Jugendamtes, Landhausstraße 7, Hof, Erdgeschloß, ebelten, wo alle Mütter zu erfahren ist. Zur Annahme von Pflegemüttern ist die Genehmigung des Jugendamtes erforderlich. Private Annahme eines Kindes ist nicht statthaft.

Herausgegeben von der Geschäftsstelle der Sächsischen Staatszeitung, Dr. Grawinkel, 16. — Druck von B. G. Leibnitz. — Hierzu eine Beilage.

### **Tageschronik.**

#### **Autounglück.**

Magdeburg, 29. Juli.  
Aus Wiederleben wird gemeldet: Gestern abend wurde auf der Straße Quedlinburg-Wiederleben beim Passieren einer schrankenlosen Überfahrt das Auto des Landwirts Siebenhüner aus Quedlinburg von einem Zug erfaßt und vollkommen zertrümmt. Siebenhüner wurde auf der Stelle getötet; zwei weitere Personen wurden lebensgefährlich verletzt.

#### **Eine Kannibalin vor Gericht.**

Modau, 28. Juli.  
Im Kreise Modau ist eine Frau namens Serofschankowa zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Sie hatte neun Menschen ermordet und das Fleisch verzehrt.

#### **Erdbben in Italien.**

Rom, 29. Juli.  
Nach einer Agenturmeldung aus Hongkong hat sich die Lage in den Städten Swatow, Amoy und Futschau verschärft. Bei d. Ankunft des Dampfers "Hawking" in Swatow wurden die Offiziere und Passagiere von einer großen Menschenmenge, die sich auf dem Kai angehäuft hatte, mit feindseligen Aeuern empfangen. Die Menge, die zur Teil mit Mauergewehren bewaffnet war, verhinderte die Europäer, den Dampfer zu betreten, und drohte die Besatzung mit dem Tode. Zu ähnlichen Vorgängen kam es in Amoy und Futschau, wo sich trotz der Verhängung des Belagerungsstands mit Mauergewehren bewaffnete Studenten zeigten und den Besitzer der Oper unter anderem verhinderten. Zwei britische Kriegsschiffe sind in Hongkong eingetroffen.

### **Amtliche Devisenkurse.**

Berlin, am 29. Juli 1925.

Notizen in Mark.

Telegraphische Kur- säufungen auf:	29. 7.	29. 7.	29. 7.	28. 7.
100 Gulden	108,39	108,81	108,37	108,74
100 Francs	1,801	1,806	1,800	1,804
100 Francs	19,40	19,44	19,40	19,42
100 Kronen	77,20	77,40	77,30	77,70
100 Kronen	65,98	66,22	67,18	67,40
100 Krone	112,73	113,03	112,66	112,54
100 Gulden	10,560	10,609	10,573	10,510
1 Dollar	15,26	15,40	15,34	15,30
1 Dollar	20,76	20,86	20,83	20,80
100 Francs	4,195	4,205	4,186	4,200
Spanien	61,28	61,35	61,42	61,38
100 Pesetas	60,73	60,93	60,84	61,05
100 Pesetas	25,95	26,05	26,05	26,05
Japan	1,728	1,732	1,718	1,724
100 Francs	0,480	0,485	0,480	0,480
Wien	59,007	59,007	59,007	59,007
Italien	12,424	12,474	12,434	12,424
Japan	7,165	7,165	7,165	7,165
Hubertus 100 Kronen	5,899	5,915	5,900	5,881
Gulden	3,026	3,045	3,028	3,040
Denkig	86,95	86,15	86,95	86,15

Wettertelegramme

vom 29. Juli 1925, 7 Uhr morgens.

Dresden: Höhe 110 m. Min.: 16. Mag.: 1.

Niederdruck: —. Temperatur: 18. Wind: WSW.

Wahrensdorf: Höhe 246 m. Min.: 14. Mag.: 20.

Niederdruck: —. Temperatur: 15. Wind: WSW.

Wetterzustand: Wollig.

### **Landständische Bank**

des ehemaligen Sächsischen Markgrafts Oberlausitz zu Bautzen.

Wir bringen

### **G.M. 10.000.000.— 8% Lausitzer Goldpfandbriefe Reihe IX auf Feingoldbasis,**

die auf den Inhaber aufgestellt sind, in Abschnitten von

Goldmark 100.— = 35,8420 g Feingold
" 500.— = 179,2100 g "
" 1000.— = 358,4200 g "
" 2000.— = 716,8400 g "

mit halbjährlich am 30. Juni und 31. Dezember fälligen Zinscheinen zur Ausgabe.

### **Die Goldpfandbriefe sind in Sachsen gesetzlich zur Anlage von Mündelgeld zugelassen.**

Ihre Sicherheit ist gewährleistet durch Hypothekendarlehen auf Feingoldbasis an sächsischen Grundstücken.

Die Goldpfandbriefe sind seitens des Inhabers unkündbar, seitens der Bank kann die Tilgung durch Auslösung oder Kündigung erfolgen.

Die Verzinsung und Rückzahlung erfolgt nach dem Londoner Goldpreise in Reichsmark nach dem Berliner amtlichen Kurs für Auszahlung London.

Die Einführung an der Börse zu Dresden, Leipzig und Berlin wird demnächst erfolgen.

Bautzen, am 28. Juli 1925

### **Landständische Bank**

des ehemaligen Sächsischen Markgrafts Oberlausitz.

Filiale Dresden.

Der Verkauf obiger Goldpfandbriefe zum Kurs von

### **86 % zuzügl. Stückzinsen ab 1. 7. 1925**

erfolgt durch uns und durch sämtliche Banken, Bankiers, Spar- und Girokassen.

Dresden, am 28. Juli 1925

2586

# Beilage zu Nr. 174 der Sächsischen Staatszeitung Mittwoch, 29. Juli 1925.

## Amtlicher Teil.

### Genehmigte Sammlungen und genehmigter Vertrieb von Gegenständen.

Name des Unternehmens	Sitz	Wohlfahrtszweck	Bezirk und Zeit	Genehmigungsberechtigte
Friedrichsmied. Max Schubert	Blauenthal	Gesammlung zur Errichtung einer Anstalt nach Eodelschwingschem Raster	Zwickau (Regierungsbezirk) bis zum 31. Dezember 1925	Reichs-Zwickau
Gebäuersamariter. tolonne	Plauen	Vertrieb von Bauteilen zur Errichtung eines Samariter- und Volksheimes	Zwickau (Regierungsbezirk) bis zum 30. September 1925	Reichs-Zwickau

[WL: III L 16]

Dresden, den 25. Juli 1925. 2568 Arbeits- und Wohlfahrtoministerium.

Auf Antrag Beteiligter wird hiermit gemäß § 100 und 100 b der Reichsgewerbeordnung angeordnet, daß vom 1. September 1925 ab sämtliche Gewerbetreibende, die in den Bezirken der Kreischaupräfektur Freiberg und des amtsl. Bergamtes Zschopau einschließlich der Städte Freiberg und Zschopau jedoch hinsichtlich des Spannholzvertriebes ohne den amtschaupräfektur. Zweigamtsbezirk das Nordmärkische Handelsamt selbstständig betreiben, gleichviel ob sie Gejellen oder Lehrlinge halten oder nicht, der neu zu errichtenden Fassungsanstalt für das Nordmärkische Handelsamt mit dem Sitz in Freiberg anzugehören haben. IV 63 a Inn. 2568

Kreischaupräfektur Dresden,  
am 22. Juli 1925.

Der Elektrohüttenverband Gröba hat seine Zahlung vom 20. Dezember 1913 auf Grund eines Beschlusses der Verbandsversammlung vom 7. November 1924 unter 1. April 1925 durch den IV. Nachtrag abgändert. Gegen diesen Nachtrag, welcher vom Tage der Veröffentlichung dieser Befreiungserklärung an 14 Tage lang bei der Kreischaupräfektur (3. Obergeschoss, Zimmer Nr. 251) zur Einsichtnahme ausliegt, ist von der Gemeindekammer kein Einpruch erhoben worden. 97 d II

Kreischaupräfektur Dresden,

am 28. Juli 1925. 2570

Der Bezirksdirektor in Auerbach wird vom 5. August bis mit 8. September d. J. durch den Bezirksdirektor in Delitzsch (Grenze Nr. 116) vertreten. VIIA/— 9 2570

Zwickau, am 27. Juli 1925.

Die Kreischaupräfektur.

Auf Blatt 320 des hiesigen Handelsregisters ist heute die offene Handelsgesellschaft Teichner & Pöhl in Borna eingetragen worden. Gesellschafter sind der Zimmermeister Friedrich Hermann Teichner und der Architekt Walter Franz Pöhl, beide in Borna. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1925 begonnen.

Angezeigter Geschäftszweig: Baugeschäft und Holzhandlung. 2578

Borna, den 22. Juli 1925.

Das Amtsgericht.

Auf Blatt 167 des hiesigen Handelsregisters, die Gewerkschaft Wilhelmshütte im Brandorfer Stadtteil Karlshütte in Berlin ist zum Mitglied des Erbenvorstands bestellt. 2579

Borna, den 23. Juli 1925.

Das Amtsgericht.

In das Handelsregister ist eingetragen worden: am 20. Februar 1925:

1. auf Blatt 7943, betr. die Firma Rudolph Karstadt Aktiengesellschaft — Zweigniederlassung in Chemnitz (Sitz in Hamburg); Die Generalversammlung vom 27. September 1924 hat die Umstellung des Grundkapitals auf 26 Millionen Reichsmark beschlossen. Es ist eingetragen in 650 000 Aktien über je 40 Reichsmark, die sämtlich an den Inhaber laufen. Die Umstellung ist erfolgt. Die §§ 11 und 16 des Gesellschaftsvertrags sind abgeändert worden. Weiter ist durch Beschluss des Aufsichtsrates vom 27. November 1924 gemäß erster Ermächtigung § 6 des Gesellschaftsvertrags abgeändert worden;

am 4. Mai 1925:

2. auf Blatt 8520, betr. die Firma Goers & Amm. Aktiengesellschaft Hamburg Zweigniederlassung Chemnitz (Sitz in Hamburg); Die Generalversammlung vom 12. Februar 1925 hat die Umstellung des Grundkapitals auf 1250 000 Reichsmark beschlossen. Es ist eingetragen in 10 000 Aktien zu 125 Reichsmark und 10 500 Stammaktien zu 100 Reichsmark, die sämtlich auf den Inhaber laufen. Die Umstellung ist erfolgt. Die §§ 3, 6, 11, 13, 16, 17 und 18 des Gesellschaftsvertrags sind abgeändert worden;

am 25. Juni 1925:

3. auf Blatt 8536, betr. die Firma The Nodder Manufacturing Comp. Gesellschaft mit beschränkter Haftung — Zweigniederlassung — in Chemnitz (Sitz in Görlitz); Das Stammkapital ist durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 17. Dezember 1924 auf 48 000 Reichsmark umgestellt worden. Die Umstellung ist durchgeführt. § 4 des Gesellschaftsvertrags ist abgeändert worden;

am 16. Juli 1925:

4. auf Blatt 5052, betr. die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Billiale Chemnitz in Chemnitz (Sitz in Leipzig); Die Protokoll von Oscar Wendler ist erloschen;

5. auf Blatt 9316, betr. die Firma Sächsische Kali- und Soda-Fabriksgesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz;

am 16. Juli 1925; Der Geschäftsführer Eugen ist ausgeschieden. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Richard Walter Konrad

auf Blatt 9324, betr. die Firma Queditz & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz; Der Geschäftsführer Lühn ist ausgeschieden. 2569

Amtsgericht Chemnitz, Abt. E.

Die im Grundbuche für Eibenberg Blatt 5 und 164 auf den Namen des Gläubigers Emil Richard Gläubiger in Eibenberg eingetragenen Grundstücke sollen

am 1. Oktober 1925, vormittags 10 Uhr, an der Gerichtsstelle, Zimmer 138, I. Stockwerk, im Beisein der Zwangsversteigerung versteigert werden. Das Grundstück Blatt 5 ist nach dem Flurbuche 1 Hektar 53,2 Ar groß und auf 9346 RM. einschließlich 2000 RM. für das lebende und tote Inventar geschätzt. Es besteht aus einem Wohngebäude mit 3 Anbauten und aus einem Scheunengebäude, Nr. 5 des Bauunternehmers für Eibenberg, im übrigen aus Hofraum, Garten und Feld. — Das Grundstück Blatt 164 ist nach dem Flurbuche 2 Hektar 21,7 Ar groß und auf 4739 RM. geschätzt. Es besteht aus Feld, Wiese Nr. 92 der Ortsgemeinde Eibenberg, liegt südlich des Weges von Eibenberg nach Röppisch und erstreckt sich in der Richtung nach Neuerenberg. Die Einheit der Mietleistungen des Grundbuchamts sowie der übrigen drei Grundstücke betreffend Räumleistungen, insbesondere der Schäden, ist jedem gefasst. Rechts auf Versteigerung aus den Grundstücken sind, soweit sie zur Zeit der Entziehung des am 24. April 1925 laut Notariatsprotokoll von diesem Tage auf achtundzwanzigtausend Reichsmark umgestellt worden. Die Umstellung ist erfolgt. Dementsprechend ist § 3 des Gesellschaftsvertrages abgeändert worden. 2582

Amtsgericht Rositten, den 24. Juli 1925.

In das Handelsregister wurde heute eingetragen:

1. auf Blatt 301, Firma Chr. Schüttger in Rositten; Johann Christoph Schüttger ist infolge Tod ausgeschieden. Anna Emilie verm. Schüttger geb. Kühlisch in Rositten und der Kaufmann Erich Friederich Ferdinand Schüttger in Berlin sind in das Handelsregister eingetreten;

2. auf Blatt 281, Firma Bieberleiner Gütermasse u. Holzholzfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bieberleben (Sa); Das Stammkapital von zweihundertfünzigtausend Papiermark ist durch Beschluss des Gesellschafters vom 30. April 1925 laut Notariatsprotokoll von diesem Tage auf achtundzwanzigtausend Reichsmark umgestellt worden. Die Umstellung ist erfolgt. Dementsprechend ist § 3 des Gesellschaftsvertrages abgeändert worden. 2582

Amtsgericht Rositten, den 25. Juli 1925.

Auf Blatt 102 des hiesigen Handelsregisters, die offene Handelsgesellschaft Oswald Biermann in Oberlochmühle heißt, ist heute eingetragen worden:

Dem Kaufmann Herbert Arthur Biermann in Oberlochmühle ist Protokoll erlaubt worden. 2583

Amtsgericht Oberhain, den 25. Juli 1925.

Auf Blatt 114 des Handelsregisters, die Firma G. D. Brückner in Großröhrsdorf heißt, ist heute eingetragen worden:

Die Firma ist erloschen. 2584

Amtsgericht Putzlich, am 1. Juli 1925.

Auf Blatt 629 des Handelsregisters, die Firma Oscar Weißbach Aktiengesellschaft in Riesa heißt, ist heute eingetragen worden: Der Diplom-Ingenieur Oscar Meißner in Riesa ist zumstellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt. Er darf die Gesellschaft nur im Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied oder einem Prokuristen vertreten. Seine Protokoll ist erloschen. 2574

Amtsgericht Riesa, den 25. Juli 1925.

In das Handelsregister des hiesigen Amtsgerichts in Riesa auf Blatt 440, betr. die Firma Reinhard Krone in Rathna, eingetragen worden: Die Protokola des Kaufmanns Franz Kurt Mede in Waldheim-N. ist erloschen. 2575

Amtsgericht Freiberg, am 24. Juli 1925.

Im Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 1127, die Firma Gebr. Häusele, Firma E. L. Liebherr Rohrs. in Zöbigk heißt; Die Firma lautet läufig: Häusele & Reichel Stahlfabrik. Die Kaufleute Emil Kurt Häusele in Rödigsdorf und Edmund Walter Häusele in Zöbigk sind als Gesellschafter ausgeschieden. Die Kaufleute Herbert Karl Häusele in Zöbigk-Lindau und Arthur Reichel in Zöbigk sind als Gesellschafter zur Vertretung der Gesellschaft nur gemeinschaftlich bestellt;

2. auf Blatt 4917, betr. die offene Handelsgesellschaft Leopold Leyser in Chemnitz. Die Firma ist durch Auflösung des Vertrages erloschen; 10. auf Blatt 7213, betr. die Firma Langer & Endler, Druck- und Metallwarenfabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz; Der Geschäftsführer Langer ist ausgeschieden;

11. auf Blatt 8324, betr. die Firma Gräfberg & Höglig Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz; Das Stammkapital ist durch Verpfändung der Gesellschaftsverfügung vom 6. Mai 1925 auf 30 000 Reichsmark umgestellt worden. Die Umstellung ist durchgeführt. § 3 des Gesellschaftsvertrags ist abgeändert worden;

12. auf Blatt 8807, betr. die Firma Chemnitzer Kleiderzentrale Aktiengesellschaft in Chemnitz; Die Gesamtprotokoll Bierholz besteht aus einer Einzelprotokoll;

13. auf Blatt 9126, betr. die Firma Rosen & Schumann Aktiengesellschaft in Chemnitz; Die Generalversammlung vom 6. Januar 1925 hat

a) die Umstellung des Grundkapitals auf 5000 Reichsmark, b) die Höhe des Grundkapitals um 45 000 Reichsmark befestigt. Tarifartikel beträgt das Grundkapital 50 000 Reichsmark und verzahlt in 500 Inhaberstammaktien zu 100 Reichsmark. Die Umpfändung und die Kapitalerhöhung ist durchgeführt. Die §§ 3 und 5 des Gesellschaftsvertrags sind abgeändert worden. — Die Ausgabe der Aktien erfolgt zum Ressentwert;

14. auf Blatt 9162, betr. die Firma Constantius Aktiengesellschaft in Siegmaringen; Das Vorstandsmitglied ist bestellt der Ingenieur Werner Wora in Chemnitz;

15. auf Blatt 9163 A, betr. die Firma Alois Bär & Co. Kommanditgesellschaft in Chemnitz; Die Gesellschaft ist aufgelöst. Zwei Kommanditisten sind am 1. Mai 1925 ausgeschieden. Der persönlich haftende Gesellschafter Bär führt das Handelsgeschäft als Alleinhaber fort. Die Firma ist geändert in Alois Bär. Das Handelsgeschäft mit beschränkter Haftung in Oberfröhn (Aktiengesellschaft Bismarck) verbleibt;

16. auf Blatt 9289, betr. die Firma Handelsgesellschaft Karl Woliner, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiberg; Durch Beschluss der Gesellschafter vom 2. April und 29. Juni 1925 ist das Stammkapital infolge Umstellung auf achtundzwanzigtausend Reichsmark festgesetzt und der Gesellschaftsvertrag in den §§ 3 und 4 abgeändert worden. Einem jeden der beiden Geschäftsführer Karl Oscar Woliner und Ernst Kurt Heine steht das Recht zur Alleinverantwortung der Gesellschaft nur gemeinschaftlich bezogen;

17. auf Blatt 9487, die Kommanditgesellschaft Bergler & Co. in Chemnitz; Gesellschafter ist der Kaufmann Albert Otto Bergler in Chemnitz als persönlich haftender Gesellschafter und zwei Kommanditisten. Die Gesellschaft hat am 15. Juni 1925 begonnen (Berechnung von Baumwollegewinn und Handel daran, Umbau der Sitz);

18. auf Blatt 9488 die Firma Karl Gürs in Chemnitz und als Inhaber der Bücherei und der Buchdruckerei Carl Gürs, dagegen (Bücherei und Sachverständigenbüro, Bücherei und Kaufmännisches Sachverständigenbüro, Blumenstraße 4);

am 25. Juli 1925;

19. auf Blatt 9493 die Firma Ernst Türrschabel in Chemnitz und als Inhaber der Diplom-Kaufmanns und vereidigte Büchereiviertler Ernst Türrschabel, dagegen (Bücherei und Kaufmännisches Sachverständigenbüro, Bücherei und Sachverständigenbüro, Blumenstraße 113);

20. auf Blatt 9494 die Firma Arith Haebeler in Chemnitz und als Inhaber der Büchereiviertler Arith Haebeler, dagegen (Bücherei und Kaufmännisches Sachverständigenbüro, Bücherei und Sachverständigenbüro, Blumenstraße 41);

21. auf Blatt 9495 die Firma Otto Hoffmeister in Chemnitz und als Inhaber der Büchereiviertler Otto Hoffmeister, dagegen (Bücherei und Kaufmännisches Sachverständigenbüro, Bücherei und Sachverständigenbüro, Blumenstraße 41);

22. auf Blatt 9496 die Firma Richard Hauseleicheater in Chemnitz und als Inhaber der Büchereiviertler Richard Hauseleicheater, dagegen (Bücherei und Kaufmännisches Sachverständigenbüro, Bernhardstraße 54);

23. auf Blatt 9497 die Firma Arthur Litschke in Chemnitz und als Inhaber der vereidigte Büchereiviertler Carl Arthur Litschke, dagegen (Bücherei und Kaufmännisches Sachverständigenbüro, Bücherei und Sachverständigenbüro, Blumenstraße 171);

24. auf Blatt 9524, betr. die Firma Queditz & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz; Der Geschäftsführer Lühn ist ausgeschieden. 2569

betrifft, daß die Produkte der Herren Carl Böttiger und Hugo Knechtle in Löbau elstischen sind.

Amtsgericht Löbau, den 24. Juli 1925.

In das Handelsregister wurde heute eingetragen:

1. auf Blatt 301, Firma Chr. Schüttger in Rositten; Johann Christoph Schüttger ist infolge Tod ausgeschieden. Anna Emilie verm. Schüttger geb. Kühlisch in Rositten und der Kaufmann Erich Friederich Ferdinand Schüttger in Berlin sind in das Handelsregister eingetreten;

2. auf Blatt 281 (Firma Bieberleiner Gütermasse u. Holzholzfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bieberleben (Sa); Das Stammkapital von zweihundertfünzigtausend Papiermark ist durch Beschluss des Gesellschafters vom 30. April 1925 laut Notariatsprotokoll von diesem Tage auf achtundzwanzigtausend Reichsmark umgestellt worden. Die Umstellung ist erfolgt. Dementsprechend ist § 3 des Gesellschaftsvertrages abgeändert worden. 2582

Amtsgericht Rositten, den 25. Juli 1925.

In das Handelsregister wurde heute eingetragen:

1. auf Blatt 1127, die Firma Gebr. Häusele, Firma E. L. Liebherr Rohrs. in Zöbigk heißt; Die Firma lautet läufig: Häusele & Reichel Stahlfabrik. Die Kaufleute Emil Kurt Häusele in Rödigsdorf und Edmund Walter Häusele in Zöbigk sind als Gesellschafter ausgeschieden. Die Kaufleute Herbert Karl Häusele in Zöbigk-Lindau und Arthur Reichel in Zöbigk sind als Gesellschafter zur Vertretung der Gesellschaft nur gemeinschaftlich bestellt;

